

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

22.5.1925 (No. 117)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3518

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. M. e. n. n.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,50 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 am Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Stundung der Vermögenssteuervorauszahlung vom 15. Mai 1925

Auf Erjuden der wirtschaftlichen Verbände hat sich der Steuerzuschuß des Reichstags in seiner Sitzung vom 15. Mai 1925 mit der Frage der Erhebung der an sich am 15. Mai 1925 fälligen zweiten Vermögenssteuervorauszahlungsrate befaßt. Die Mehrheit des Steuerzuschusses hat der Auffassung Ausdruck gegeben, daß es im Hinblick auf den dem Reichstag zurzeit vorliegenden Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes, der die Nichterhebung der Vorauszahlungsrate vom 15. Mai 1925 vorseht, zweckmäßig sei, die Einforderung dieser Rate um einen Monat hinauszuschieben; sie beabsichtigt, den Erlaß eines entsprechenden Initiativgesetzes zu beantragen. Mit Rücksicht hierauf hat der Reichsminister der Finanzen die Finanzämter angewiesen, daß bis zur Klärung dieser Frage die Vermögenssteuervorauszahlungsrate vom 15. Mai 1925 gestundet wird. Eines besondern Stundungsantrages seitens der Steuerpflichtigen bedarf es nicht.

Einweihung des Hauses des Deutschen in Stuttgart

Donnerstag nachmittag fand in Stuttgart die feierliche Einweihung des Hauses des Deutschen statt, das das deutsche Auslandsinstitut errichtet hat. Eine große Zahl von Festgästen, darunter Reichsaussenminister Stresemann, der württembergische, der bayerische und der badische Ministerpräsident sowie zahlreiche Vertreter des politischen, wissenschaftlichen und literarischen Lebens waren erschienen. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des deutschen Auslandsinstituts, Erz von Dünz, sprach Reichsaussenminister Stresemann die Glückwünsche des Reichspräsidenten und der Reichsregierung dar. Der Sinn der Stunde, sei, führte Stresemann aus, das Bewusstsein vor der Welt draußen, daß man die Grenzen wohl ändern kann, aber nicht die Herzen, die sich zum Deutschtum bekennen. Die Deutschen müßten in Erfahrung aufklären zu der großen deutschen Kulturgemeinschaft, für die dieses Haus das Sinnbild sei. Dann sprach der Vertreter der Länder und Behörden ihre Glückwünsche dar. Zum Schluß übergab der Erbauer des Hauses Prof. Schmittbener den Schlüssel an den Vorstand des deutschen Auslandsinstituts, Generalkonsul Wanner, der der württembergischen Regierung, der Reichsregierung und allen denen, die an dem Werke mitgeholfen haben, für ihre treue Unterstützung den herzlichsten Dank aussprach.

Der feierlichen Einweihung des Hauses des Deutschen folgte abends ein Festbankett, bei dem nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Deutschen Auslandsinstituts, Generalkonsul Dr. Wanner, Reichsaussenminister Stresemann das Wort ergriff und ausführte, daß das deutsche Volk ein Recht habe, an seine Zukunft zu glauben und daß, wenn es ein Weltbewusstsein gebe, dem deutschen Volke bereits eine Wiedergutmachung zuteil werden müsse. Das deutsche Volk trage keine größere Schuld an dem Weltkrieg als irgend ein anderes Volk. Die Rede hing in ein Hoch auf das deutsche Vaterland aus, und die Versammlung sang, nachdem der stürmische Weisfall verklungen war, stehend das Deutschlandlied.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held huldigte ebenfalls dem Geist der Zukunftssicherheit, ohne den ein großes Volk nicht bestehen könne, und betonte, wenn ein Dach über allen Inlands- und Auslandsdeutschen sich breitere, so wolle dieses Dach die verschiedenen Räume umschließen, in denen jeder Klang und jeder Stamm in seiner Eigenart für den großen deutschen Gedanken wirkt. — Weiter sprachen Prälat Dr. Schreiber-Münster, ferner Geheimrat Billing für den württembergischen Verein für Handelsgeographie, der eine Spende in Aussicht stellte. Sodann kam Dr. Strunk aus Danzig zu Wort, der die Grüße der Nordostdeutschen überbrachte. Die Reihe der anschließend der Einweihung veranstalteten Festlichkeiten begann Donnerstag abend mit einer Kundgebung für das Auslandsdeutschtum. Im Hause für das Deutschtum hatten sich die zahlreich geladenen Gäste, Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, von Kunst, Wissenschaft, Industrie, Handel und Presse eingefunden. Insbesondere viele Auslandsdeutsche sind gekommen. Die Feier war umrahmt von musikalischen Darbietungen des Philharmonischen Orchesters in Stuttgart. Ministerialdirektor Dr. Wiedensfeld, der frühere Gesandte in Moskau, sprach über die Bedeutung des Auslandsdeutschtums. Sodann sprach der schwedische Dichter Dr. Ludwig Fintz. Es folgte eine Reihe von Begrüßungsansprachen von Vertretern des Auslandsdeutschtums. Mit besonderem Beifall aufgenommen wurden die Worte des 86jährigen Steinacker aus Ilgarn, der behauptete, daß es solange dauerte, bis die Bedeutung des Auslandsdeutschtums erkannt worden sei. Als Führer der Schwaben in Rumänien sprach Dr. Muth. Grüße und Glückwünsche der Deutschen in Palästina überbrachte Prof. Dr. Nach im sprach Prof. Stabenbogen aus Riga und Dr. Käme aus Mexiko. Zum Schluß sprach Universitätsprofessor Blume-Lübingen über die Pflicht der Einigkeit der Deutschen im In- und Ausland. Die Kundgebung war ein mächtvoller Ausdruck des Einheitswillens und der Zusammengehörigkeit der Auslandsdeutschen.

Wirtschaftliche Umschau

In seiner Rede im Reichstag hat Reichsaussenminister Stresemann auch ausführliche Mitteilungen über die gegenwärtige deutsche Handelspolitik gemacht. Er wies dabei darauf hin, daß Deutschland vor allem die Kaufkraft eines Landes von 60 Millionen Einwohnern, des zweitgrößten Konsumgebiets der Welt in die Wagschale zu legen habe, daß aber Deutschland bereit sei, allen Ländern den Zutritt zu diesem Gebiet zu öffnen, wenn sich diese bereit zeigten, in gleicher Weise den Zutritt dem deutschen Handel und den deutschen Erzeugnissen auf ihren Märkten zu gestatten. Die deutsche Industrie hat es an und für sich infolge ihrer Belastung für Reparationszwecke sehr schwer, auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu werden und zu bleiben, und gegenwärtig beträgt die deutsche Ausfuhr noch immer nicht mehr als 40 Prozent der Vorkriegszeit.

Der Minister machte dann allgemeine Mitteilungen über die nun veröffentlichte kleine Zolltarifvorlage. Er besprach im einzelnen die Handelsvertragsverhandlungen mit den verschiedenen Ländern und das dabei bereits Zustandekommene und trat für baldige Annahme des Handelsabkommens mit Spanien ein, da dessen Verwerfung durch das Plenum des Reichstags bedenkliche Folgen nach sich ziehen müßte. Der Vertrag mit Amerika soll demnächst dem Reichstag zur Ratifikation vorgelegt werden, ebenso der Handelsvertrag mit England, nachdem ein Ausweg bezüglich der 26prozentigen Reparationsabgabe gefunden worden ist und auch eine vorläufige Regelung der deutschen Handelsbeziehungen zu den verschiedenen überseeischen englischen Gebieten geschaffen werden konnte. Mit Frankreich verhandelt man bereits über sieben Monate, es hat jetzt den Grundriss der Meistbegünstigung und alle großen Länder längst zugestanden haben wenigstens de facto angenommen und Deutschland hat dem von Frankreich vorgeschlagenen System von gegenseitigen Differenzierungen für das Protokoll der nächsten Monate zugestimmt, nachdem man sich darüber geeinigt hat, daß die gegenseitigen Zugeständnisse und Differenzierungen sich die Waage halten. Die gegenwärtigen Verhandlungen mit Rußland gestalten sich schwierig, da neue Wege wegen der staatlich-monopolistischen Natur des russischen Außenhandels gefunden werden müssen. Mit der Schweiz wurde das Abkommen über den Abbau der gegenseitigen Einfuhrbeschränkungen erst dieser Tage erweitert mit dem Ziel, in absehbarer Zeit wieder in freien Warenaustausch zu gelangen.

Der vorläufige Zolltarif, die sog. kleine Zolltarifnovelle, ist jetzt als Regierungsvorlage veröffentlicht worden. Die Vorlage soll eine Grundlage für die bevorstehenden Handelsvertragsabschlüsse schaffen. Auch für den endgültigen Zolltarif sind die Vorarbeiten in den Reichsministerien bereits im Gang. Freilich wird die vorläufige „kleine“ Zolltarifnovelle, die übrigens ein recht umfangreicher Band ist, in der Form, in der sie Gesetz wird vorerst auf Jahre hinaus das wichtigste Buch der deutschen Außenhandelspolitik werden.

Eine Begründung zur Zolltarifvorlage wurde von Regierungsvorstreitern zunächst mündlich in einer Berliner Pressekonferenz gegeben. Es sprach zunächst der Reichskanzler, der die volkswirtschaftliche Seite der Vorlage erörterte, die darin enthaltenen Zölle maßvoll nannte und erklärte, daß die Passivität unserer Handelsbilanz eine Stärkung der deutschen Produktion und Kräftigung des inneren Marktes verlange, daß nicht Produzenten- sondern Produktionspolitik vorliege.

Der Reichswirtschaftsminister Neuhaus legte mehr die zoll- und handelspolitische Seite dar und gab einer Überblick über die Industriezölle. Er begründete die Erhöhungen damit, daß der geltende Zolltarif Gewichts- und nicht Wertzölle enthalte und die Zollsätze entsprechend der Entwertung der Kaufkraft des Goldes veraltet seien. Wichtigere Konkurrenz- und Absatzländer haben auf inzwischen ihren Zollschutz verstärkt und Deutschland muß selbst eine entsprechende Zollkräftigung anlegen, es andernfalls nicht gelingen werde, einen Abbau der ausländischen Zollschranken zu erreichen. Die Sätze des Entwurfs beruhen im großen und ganzen auf den Ende 1914 eingeholten Gutachten des Reichswirtschaftsrats. Im einzelnen soll, was die Industriezölle anlangt, besonders die deutsche Automobilindustrie geschützt werden

da der Automobilbau eine steigende Bedeutung gewinne und es nicht gleichgültig sei, ob die Milliarden, die für Automobile angelegt werden, aus Inland oder aus Ausland bezahlt werden, da ferner der deutschen Industrie eine Frist gewährt werden müsse, den außerordentlichen Vorsprung des Auslandes einzuholen. Die Automobilzölle sollen übrigens langsam wieder herabgesetzt werden. Mäßige Erhöhungen sollen erfahren die Textilzölle, die für chemische Produkte, Eisenproduktionszölle, Kleinfabrikwaren. Die Zölle für Maschinen und elektrische Waren werden im wesentlichen lediglich neu spezialisiert. Im ganzen werden die Industriezölle als gemäßigtere Schutzzölle bezeichnet.

Die Wiedereinführung und Neuregelung der Agrarzölle begründete der Reichsernährungsminister Graf Kanitz, der erklärte, aus volkswirtschaftlichen Gründen sei ein Schutz der deutschen Landwirtschaft notwendig, die mühsamer und teurer als das Ausland produziere. Bereits gehe man vereinzelt zu einer extensiveren Betriebsweise über. Zu groß sei die Spanne zwischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Betriebsmitteln, welche letztere aber schon gegenwärtig durch Zoll geschützt seien. Die Vorlage enthält zunächst die Wiedereinführung der früheren allgemeinen Getreidezölle, vorerst bis 31. Juli 1926 ermäßigte Zölle (3 Mark für den Doppelzentner Roggen, 3,50 Weizen, 2 Mk. Gerste, 3 Mk. Hafer). Für später sind Mindestzölle vorgesehen die bei Vertragsverhandlungen einzuhalten sind. Der Entwurf bringt ferner den Vorschlag eines Zolls auf Serbistartoffeln, sowie Vieh- und Fleischzölle. Die Wiederherstellung der Vorkriegszölle, die damit begründet wird, daß die deutsche Landwirtschaft imstande sei, voll den gegenwärtigen Fleischbedarf 41 Kilogramm pro Kopf im Jahr zu decken. Bei Gefrierfleisch, Speck und Wurstfleisch wird infolge der Notlage der Verbraucherschaft ein Übergangspreis bis zum 31. Juli 1926 mit ermäßigten Zollsätzen vorgeschlagen. Ferner sollen Gemüse, Obst und Gartenerzeugnisse, Butter, Fette und Öle, Zollschutz genießen. Der Minister wandte sich dagegen, daß es sich hier um hochschutzzollnerische Bestrebungen handle. In Wirklichkeit seien die Agrarzölle infolge Entwertung des Goldes niedriger als in der Vorkriegszeit.

Der am meisten umkämpfte Teil der Vorlage werden die Agrarzölle sein, und sogleich hat eine scharfe Kritik eingesetzt. Während das Blatt des Großgrundbesitzes, die „Deutsche Tageszeitung“, die Zollsätze sogar für ungenügend erklärt, da auf den Zolltarif von 1902 zurückgegriffen und der gesunkenen Kaufkraft des Goldes nicht Rechnung getragen werde, befürchten Blätter bis in die Reihen der Deutschen Volkspartei hinein, wirtschaftliche und politische Gefahren. In der Tat wird die Wirkung des neuen Zolltarifs als die Hauptsache angesehen werden müssen und man wird sich von jeder theoretisierenden Betrachtungsweise freizubehalten haben, die von Interessen der Allgemeinheit spricht und Sonderinteressen meint.

Eine weitere erhebliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten — wurde doch noch vor kurzem der Preisabbau mit Recht als das Gebot der Stunde bezeichnet — können wir jedenfalls nicht ertragen, und würde die Wirkung der vorgeschlagenen Agrarzölle, welche ja die notwendigsten Nahrungsmittel betreffen, in dieser Richtung gehen, dann sind die größten Bedenken berechtigt. Eine Verteuerung bedingt Lohnsteigerungen, diese wiederum Preissteigerungen. Wollen wir aber im Ausland konkurrieren, so müssen wir die Ausfuhrwaren so billig wie möglich halten und die Gefahr trägt ein, daß die Inlandpreise, damit der einzelne Fabrikant seine Rechnung findet, noch mehr erhöht würden. Wenn man die vorgeschlagenen Agrarzölle deshalb als produktionsfördernd bezeichnet, weil größerer Profit an dem einzelnen Produkt den Landwirt zur Intensivierung seiner Wirtschaft veranlasse, so wird das bei der heutigen Denkungsweise weiter Kreise leider nicht überall eintreten, denn der üble Grundriß aus der Inflationszeit „Kleiner Umsatz, großer Nutzen“, will nicht verschwinden. Bemerkenswert ist auch, daß ein volksparteiliches Blatt, wie die „Nöln. Ztg.“, sich recht eindeutig gegen gewisse großagrarisches Begründungen der Schutzforderungen wendet und feststellt, daß an den Getreidepreisen in der Hauptsache der Großgrundbesitz interessiert ist, der für seine Vertretung der Forderungen der kleinen Bauern und Winzer, für seine Bekämpfung des Handelsvertrages

Mit der Beilage: 34. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

mit Spanien vom Kleinbesitz das Eintreten für die Getreidezölle verlangt. Die Begründung, daß die Getreidezölle deshalb eingeführt werden müßten, weil die Industrie Schutzzölle habe, wird als ebensowenig überzeugend bezeichnet, wie die Begründung mit dem Bestehen von Schutzzöllen vor dem Krieg. Dies sei eine Politik, die mit dem Bestehen einer großzügigen Volks- und Weltwirtschaftspolitik nicht vereinbar sei. Im Begriff des Schutzzölles liegt schon etwas Exzeptionelles, Schutzzölle auf einzelne Produkte lassen sich nur mit Notwendigkeiten für die Volksgemeinschaft begründen.

Deutscher Reichstag

BR. Berlin, 20. Mai.

Fröfnung der Sitzung um 12 Uhr mittags.

Die außenpolitische Aussprache

wird dann fortgesetzt.

Abg. Landsberg (Soz.) betont, ein Land wie Deutschland sei geradezu verpflichtet, bei seinen politischen Akten die voraussichtlichen Wirkungen auf das Ausland zu berücksichtigen. Die außenpolitische Wirkung der Kandidatur Hindenburg sei auch von einem aktiven Reichsminister erkannt worden, der diese Erkenntnis aber leider im Wahlkampf nicht öffentlich zum Ausdruck brachte (Geisterzeit, Ruhe bei den Sozialdemokraten: Stresemann). Hindenburg verdankte seine Wahl an erster Stelle den Kommunisten (Lärm bei den Kommunisten). Hindenburg ist gewählt. Sie (nach rechts) werden von uns nicht eine Wiederholung dessen erleben, was dem ersten Reichspräsidenten von Ihren Freunden angetan worden ist, diesem Manne, dem Deutschland die Überwindung der chaotischen Zustände zu verdanken hat. Wir fordern den Eintritt in den Völkerbund. Der Gedanke des Völkerbundes ist so erhaben, daß auch eine unvollkommene Ausführung ihn nicht einstellen kann. Der Gedanke des Sicherheitspactes ist von der Reichsregierung aufgenommen worden, nachdem die Deutschnationalen in die Regierung eingetreten waren. Graf Westarp hat bei seinen Angriffen gegen die Regierungspolitik wohl vergessen, daß in dieser Regierung Deutschnationale sitzen. Die Sozialdemokraten müßten dieser Regierung der ungerechten Lastenverteilung und des Sozialrechts ihr schärfstes Mißtrauen bekunden.

Abg. Dr. Bell (Z.) rühmt das Deutsche Museum in München als ein Zeugnis deutscher Einigkeit und Kraft. Der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa wird sich trotz aller Entstellungen schließlich durchsetzen. Das Urteil der Geschichte wird die Klage von der Vereinigung Deutschlands am Kriegsende als Klage entlarven. Ebenso wichtig ist aber der Kampf gegen die Kolonialschuld. Es wurde Deutschland umbedingt gemacht, den Beweis für die Verlogenheit der gegen Deutschland in kolonialer Beziehung erhobenen Beschuldigungen zu führen. Als letzter deutscher Kolonialminister habe ich mich in einem Schreiben an Wilson erboten, vor einem unparteiischen Kollegium den Gegenbeweis zu führen. Mein Brief ist nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden (Lärm, Hört!). Heute kann ich die Vorklärung der neuen Kolonialvereinigung abgeben, die sich aus kolonial interessierten Parlamentariern ohne Unterschied der Partei von rechts und links zusammensetzt (Beifall). Diese Vereinigung richtet an die ganze Kulturwelt den Ruf: Gebt uns unsere Kolonien wieder (Beifall).

Abg. Dr. Schnee (Dt. Rp.) schließt sich der Forderung des Vorredners an. Er weist auf die Ausnahmebestimmungen hin, mit denen in verschiedenen englischen und anderen Kolonien noch immer dem Deutschen jede Ansiedlung und kolonialwirtschaftliche Betätigung unmöglich gemacht wird. Die Wichtigkeit der kolonialen Schuldfrage wird schon dadurch bewiesen, daß nach den Mitteilungen von Wilsons Sekretär Baker die Ententestaaten schon während des Krieges Geheimverträge über die Verteilung der deutschen Kolonien abgeschlossen hatten (Hört, hört!). Von keiner anderen Nation ist das erreicht worden, was Deutschland seit dem Wirtzen Robert Kochs in der Seuchenbekämpfung in den Kolonien geleistet hat (Beifall).

Abg. Witte (B. Vgg.) verlangt die Aufhebung der seit dem Kriege bestehenden deutschen Passbestimmungen und des Wismutzwanges. Mit diesen veralteten Bestimmungen werde der Fremdenverkehr erschwert auf den Deutschland angewiesen sei.

Legationsrat Brüdner betont, die kolonialen Forderungen der Regierung seien in dem Memorandum für Völkerbundfragen niedergelegt. Die endgültige Antwort sei abzuwarten. Dr. Rosenfeld (K.) wendet sich gegen den Eintritt in den Völkerbund, der Deutschland in kriegerische Aktionen gegen Rußland verwickeln könnte.

Bei den Blinden

„Nicht Mitleid will heute der Blinde, er will Verstehen und Arbeit! Hat nicht jeder von Euch ein Recht an die Arbeit und dadurch ein Recht an das Leben? Fragt doch einmal nach unseren Rechten! Hier aber sind Hände, die wollen fleißig sein, und Köpfe, die wollen Arbeit tun. Und sie können es auch, wißt Ihr denn, was ein Blinder zu leisten vermag? ... Braucht auch Ihr uns, Ihr Sehenden? ... Nehmt es als ein Selbstverständliches, daß wir neben Euch gehen und mit Euch durch unser Leben,“ so steht in dem Buch eines Blinden über Blinde von Alexander Reuß in Heidelberg. Und man möchte wirklich fragen: ist es vielleicht ein falsches Mitleid, eine feige Scheu, daß die Jubiläumsausstellung des Badischen Blindenvereins nicht besser besucht ist? Seit bald einer Woche sind die Blinden mit ihren Arbeiten zu Gast in der badischen Landesgewerbestelle, der Besuch könnte ein viel besserer sein. Zur Entschuldigend soll dienen, daß die Ausstellungen zurzeit sich häufen. Das ist eine Ausrede, denn was uns die Blinden zeigen, ist nicht nur Ausstellung sehenswerter Gegenstände; diese Gegenstände sind geschaffen aus der Kraft des gemeinsten Schicksals, aus der willensangestregten Überwindung von Hemmungen, und aus einer der veränderten Sinnennordnung angepaßten Methode. Es liegen Blindenschriften auf, die älteren mit gleichen Buchstaben wie die Sehenden sie lesen, nur größer und erhöht, daneben die Braille-Schrift der Blinden, das Alphabet, aus sechs Punkten zusammengesetzt. Da fragt eine Besucherin den Blinden Herrn Reuß von Heidelberg, den Inhaber einer Druckerei für Blindenschriften: Ist die Schrift mit den Buchstaben nicht viel leichter zu tasten wie die Braille-Schrift? Der Blinde lächelt: „Das scheint Euch den Sehenden so, für uns aber ist die Anpassung an das Tastgefühl die Hauptsache, und das Tastgefühl verlangt andere Formen wie das Auge. Herr Reuß schreibt Blindenschriften mit der Blindenschriftschreibmaschine; er schreibt aber auch mit vollendeter Gewandtheit Schreibmaschine für die Korrespondenz mit Sehenden.“

Abg. Dr. Hummel (D.): Es ist nutzlos, jetzt durch papierne Akte die Politik für 50 Jahre vorausbestimmen zu wollen. Es wäre schon erfreulich, wenn man durch Vereinbarungen wenigstens für 10 Jahre den Frieden Europas sichern könnte. Eine wirkliche Befriedung Europas sei unmöglich, solange als Deutschland die Gleichberechtigung unter den Nationen verweigert ist. Die Demokraten werden sich bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge der Stimme enthalten, weil sie bei der gegenwärtigen Konstellation zur Regierung nicht das Vertrauen haben, daß sie die gegenwärtige Richtung der Außenpolitik ungeändert einhalten kann.

Abg. Schröder-Mecklenburg (Völk.) bestritt, daß man von einer Kontinuität der Stresemannschen Außenpolitik reden könne. Diese Politik schwankte vielmehr zwischen den Extremen und lasse eine gerade nationale Richtung vermissen. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß der Reichstanzler sich von Dr. Stresemann trennen werde. Dem Mißtrauensantrag würden seine Freunde nicht zustimmen.

Abg. Dr. Fried (N.S.) belämpft scharf die Außenpolitik der Regierung und erklärt, seine Freunde würden den Mißtrauensanträgen zustimmen.

Damit ist die Aussprache beendet.

Für den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung und den kommunistischen Antrag gegen den Außenminister wird namentliche Abstimmung beantragt. Der kommunistische Antrag auf die namentliche Abstimmung wird nur von den Kommunisten und Völkischen unterstützt.

In der namentlichen Abstimmung über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung stimmen außer den Sozialdemokraten auch die Kommunisten und die Nationalsozialisten für das Mißtrauensvotum. Die Demokraten und einige Völkische enthalten sich der Abstimmung. Die meisten Völkischen stimmen gegen den Antrag. Der Mißtrauensantrag wird mit 214 gegen 129 Stimmen bei 26 Enthaltungen abgelehnt (Beifall rechts).

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Außenminister wird in einfacher Abstimmung gegen die Kommunisten, Sozialdemokraten, Völkischen und Nationalsozialisten abgelehnt, ebenso der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichstanzler. Bei dieser letzten Abstimmung enthalten sich die Völkischen der Stimmen.

Die Gehälter des Reichstanzlers, des Reichsaußenministers und des Reichspräsidenten werden bewilligt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung fragt Abg. Graf Eulenburg (N.) an, wie es mit der Entschädigung der Opfer des Eisenbahnunglücks im polnischen Korridor stehe. Ein Vertreter der Regierung antwortet, die poln. Regierung lehne eine Entschädigungspflicht ab mit der Begründung, daß das Unglück durch höhere Gewalt hervorgerufen worden sei. Die Reichsregierung verfolge aber die Entschädigungsansprüche weiter.

Abg. Kidel (K.) begründet hierauf einen kommunistischen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Ursachen der in der letzten Zeit vorgekommenen Grubenunfälle. Der kommunistische Antrag wird gegen die Antragsteller abgelehnt. Ein Antrag des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Um 16 Uhr verläßt sich das Haus auf Montag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen der Gesekentwurf über das Wiederanbahnverfahren gegen Urteile der bayerischen Volksgesichte, Rentenbankreformgesetz, außerdem kleinere Vorlagen und Etat.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Da Staatssekretär Dr. Trendelenburg erneut erkrankt ist, hat sich der Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Dr. Basse nach Paris begeben, um in Vertretung von Dr. Trendelenburg die Leitung der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu übernehmen.

Sozialdemokratische Entschließung gegen die Zollvorlage. Der sozialdemokratische Parteiausschuß sprach laut „Vorwärts“ eine Entschließung, in der die Partei der Zolltarifvorlage der Reichsregierung scharfsten Kampf ansetzt, da die geplanten Zölle die Mehrheit des Volkes bildenden Lohn- und Gehaltsempfängern schwersten Schaden brächten. Der Parteiausschuß beschloß ferner, den diesjährigen sozialdemokratischen Parteitag zum 15. September nach Heidelberg einzuberufen.

Schadenersatzanspruch der Frau Höfle. Frau Höfle beabsichtigt, dem „B. Z.“ zufolge, an das Reich mit Schadenersatzansprüchen heranzutreten unter der Voraussetzung, daß die Entschuldigend ein Verschulden für die Unterdrückung ihres Mannes im Untersuchungsgefängnis für die verhandlungsgegenständlichen Behörden ergeben werden.

Im Krieg ist Schreinermeister Josef Becherer aus Lahe erblindet, er gab seinen Beruf mit dem Verlust des Augensichtes nicht auf und formt und bildet das Holz zu seinen Formen, auch aus einer ungnädigen Umwelt. Eine traurige Kümmererzeitung ist in allen Teilen von ihm gefertigt. Die schönen Einrichtungsstücke werden hier zur Freude von einer kräftigen Auswirkungskraft des menschlichen Geistes, sie sind aber auch Predigt und Beispiel für die Sehenden, die bei geringen Hemmungen oft in ihrer Arbeit versagen wollen. Zwei schöne Korbfessel stehen um einen Tisch aus Korbflecht, auf dem Tisch liegt eine feine Strickdecke, mit verfeinertem Muster. Die Verfertiger sind zwei blinde Geschwister aus Mannheim, die Geschwister Frölich. Der Bruder, Herr Frölich, fertigt die Korbmöbel, die Schwester Hedwig Frölich hat Strickdecken angefertigt, die sie auf der Strickmaschine anfertigt. Das frische junge Mädchen bewegt sich so sicher und anmutig, als würde das Auge ihr den Weg vorgeben. Am Spinnrad sitzt eine ihrer Schicksalsgefährtinnen in Glottertal, Fräulein Franziska Flamm. In dem lieben freundlichen Antlitz sind die Augen erloschen, sie ist eine der geschicktesten, hartem ist der Faden, den sie spinnt, und sie weiß zu erzählen von den Geschicknissen in ihrer Heimat, so daß man merkt, sie ist keine Einsame, sie lebt das Leben ihrer Umgebung mit.

Von staunenswerter Gewandtheit in der maschinellen Anfertigung von Bürsten ist Herr Hans Günter. Die Fertigung der Bürsten durch Handarbeit zeigt mit großer Geschicklichkeit Fräulein Anna Feig aus Durlach. Ein Blindenbeispiel zur Übung des Tastgefühls, führt in feiner Lieber Art Herr Köpf vor, wir können ihm zustimmen, wenn er meint, daß Sehende die Geduld verlieren würden.

Im Vorraum der Ausstellung steht eine Drahtflechtmaschine der Blindenanstalt Freiburg, sie ist von einem Blinden erfunden, der jetzt in den Stuttgarter Wochwerken beschäftigt ist. Herr Albert Kalchschmidt, der an der Maschine arbeitet, gehört zu den später Gebildeten und ist wie Herr Becherer einer derjenigen, der die ihm vom Leben vorgelegte

Politische Neuigkeiten

Das Gnadenrecht des Reichspräsidenten

Das Büro des Reichspräsidenten teilt mit: Bei dem Herrn Reichspräsidenten läuft täglich eine große Zahl von Gnaden gesuchen ein, für deren Verlesung der Reichspräsident verfassungsmäßig nicht zuständig ist. Es wird darauf hingewiesen, daß das Gnadenrecht dem Herrn Reichspräsidenten nur in den Fällen zusteht, in denen ein Gericht des Reiches, also das Reichsgericht in I. Instanz, der Staatsgerichtshof, ein außerordentliches Gericht, ein Militärgericht oder ein Reichsdisziplinargericht das Urteil gefällt hat. In der weitaus größeren Zahl von Fällen, in denen Gerichte eines Landes, wie Schöffengericht, Strafkammer, Schwurgericht usw. Recht gesprochen haben, steht das Gnadenrecht der in Frage kommenden Landesregierung zu. Gnadengesuche, die hiernach unzuständigerweise bei dem Herrn Reichspräsidenten einlaufen, werden ohne Stellungnahme an die Justizministerien der Länder abgegeben. Die Einreichung eines Gnadengesuches bei dem Herrn Reichspräsidenten bedeutet lediglich einen zwecklosen und zeitraubenden Umweg, den zu vermeiden im Interesse der Geschwister wie der Behörden liegt.

Der Reichsminister des Innern über Verfassungsfragen

Im Haushaltsausschuß des Reichstages hielt am Mittwoch der deutsche Reichsminister des Innern Schiele eine programmatische Rede, in der er für weitgehende Änderungen der Verfassung, namentlich der Bestimmungen über die Reichsgerichte, das Wahlalter und für die Aufhebung der republikanischen Schutzgesetz sich aussprach.

Gemäß der Programmierung des Reichstanzlers werde die Regierung jeden Versuch, die Reichsverfassung auf gewaltsamem oder sonst ungesetzlichem Wege abzuändern, als Hochverrat mit allem Nachdruck abzuwehren und zu verfolgen. Die Abänderung der Reichsverfassung soll sich nach der Programmrede des Reichstanzlers dahin auswirken, daß unser Staatsleben mehr als bisher innerlich gesunden. Es liegen eine Reihe von Anträgen zur Änderung einzelner Bestimmungen der Reichsverfassung vor. Auch in den vergangenen Jahren seien ja einzelne solcher Änderungen vorgenommen worden. Die neuen Anträge müssen auf das Sorgfältigste durchberaten werden und ich trete daher den aus dem Hause gestellten Anträgen bei, einen ständigen Verfassungsausschuß zu begründen, wie ihn z. B. auch der preussische und der bayerische Landtag besitzen. Dieser Ausschuß soll in gemeinsamer Arbeit mit der Regierung und des Reichstages in vollem Lichte der Öffentlichkeit und unterstützt und mitbestimmt durch die Kritik der Fachwissenschaft und der Presse die Verfassungsfragen beraten. Seine Arbeiten sollen auch dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Reich und Ländern enger und vertrauensvoller zu gestalten und eine gesunde Dezentralisation einzuleiten, die den Gliedern des Reiches bei voller Selbstverantwortlichkeit die freudige Mitarbeit am Gange leicht macht.

Ein Teil der berechtigten Wünsche der Länder werde sich auch in der praktischen Handhabung der jetzigen Reichsverfassung sowohl auf dem Gebiete der Gesetzgebung, wie auch auf dem der Reichsverwaltung erfüllen lassen. Auch die bayerische Verfassung hat in dieser Beziehung wertvolle Anregungen gegeben, die durchaus Beachtung verdienen. Die gewöhnlichen Konflikte zwischen Reich und Ländern müssen ausgeschlossen werden durch eine der geschäftlichen Entwicklung entsprechende baldige und klare Abgrenzung der Zuständigkeiten, die einen Dauercharakter trägt. Die Streitpunkte um Anwendung des Artikels 48, die angesichts der Notwendigkeit seiner häufigen Anwendung und seiner unbestimmten Formulierung kaum vermeidlich waren, könnten beseitigt werden, wenn es gelingt, das in Absatz 5 des Artikels 48 angelegte Ausführungsgesetz zu schaffen. Zur Behebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Notständen, bei denen die Anwendung des Artikels 48 bestritten ist, ist ein Notverordnungsrecht der Reichsregierung unbedingt erforderlich, wie es die Verfassungen vieler Staaten kennen. Eine entsprechende Vorlage hat die Reichsregierung bereits eingebracht.

In dem neuen Verfassungsausschuß werden an der Hand des reichen, in meinem Ministerium zusammengestellten Materials auch die Anträge über die Erweiterung der Immunitätsvorschriften usw. zu beraten sein, ebenso der zu Artikel 8 vorliegende Antrag auf Änderung der Reichsgerichte. Gerade in der Flaggenfrage halte ich eine baldige Klärung für dringend erwünscht, sowohl im Interesse unseres inneren Friedens wie auch deshalb, weil der Streit um die Reichsgerichte nach außen hin unsere Herrlichkeit so stark unterstreicht. Ich glaube kaum, daß es gelingen wird, diese Frage auf parlamentarischem Wege zu lösen und ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich die Flaggenfrage nicht für

Wiesenaufgabe gemeinert hat, und in dieser Meisterung, denen die an ihm vorbeigehen, viel zu sagen hat.

Von den vielen Gegenständen, welche die Blindenanstalt Wiesheim ausgestellt hat, halten uns die Kinderspiele am fest, darunter Baulöcher mit erhöhten Punkten, damit die Kinderhände sich zurecht finden.

Aus Anagninni und Waack sind allerhand Formen hergestellt, so wie die Kinder kneten und formen, diese kleinen Formgebilde der kleinen Blinden halten unser Auge fest, was geht in den blindgeborenen Kindern vor?, schimmert durch ihre Nacht aus dem Unterbewußtsein ein Wissen um Form und Gebilde? „Auch meine Seele hat die Kraft zu sehen, aber sie flattert einsam in dunkler Höhle. ... Haben nicht Eltern und Ureltern hindurchgeschaut durch die Pforte des Lichts, die mir verschlossen ist und eingebettet in meiner Seele“, so steht in dem Buch des Blinden über Blinde. Wir erhoffen viel von der Wissenschaft, die dieses Wissen vom Licht in dem Unterbewußtsein des Blindgeborenen in den Vorstellungen und Gedankenkreis bringt. Randarten sind ausgestellt, wie man sich das Bild der Welt, das nur durch den Tastsinn erfährt ist? Welche andere Kräfte helfen mit, es dem Lichtlosen anschaulich zu machen?

Unter den handwerklichen Erzeugnissen der Blindenanstalt Wiesheim fällt ein Gefellenstück auf, eine Bürstenplatte zum Gelbzählen mit eingezogenem „Bütle“ aus weissen Borsten in das schwarze Feld, das Gefellenstück von Diesel Armbruster. Neben den Handarbeiten der badischen Blindenanstalten sind solche der Blindenanstalt in Bingen a. Rh. und anderer Anstalten, welche die Ausstellung besichtigt haben, wie auch Handarbeiten und Handwerkerzeugnisse einzelner Blinden aus Baden und Deutschland. Strickdecken mit den schwierigsten Mustern, in sorgfältigster Ausführung, gefristete Spitzen, Knäpfsarbeiten usw. Sehende, die ähnliche Arbeiten verfertigen, sprechen von der Mühe und der Nebenanstrengung der Herstellung, und Blinde haben diese langen Reihen der Zahlen in ihrem Bewußtsein geordnet, die diesen Mustern zu Grund liegen.

eine Parteifrage, sondern für eines Herzensache des Volkes halte.

Ich bin der Auffassung, daß das von vornherein nur für eine bestimmte Geltungsdauer geschaffene Gesetz zum Schutze der Republik besonderen, außerordentlichen Verhältnissen seine Entschiedenheit bedarf und daß keine Bedenken bestehen, namentlich einer Prüfung über die Aufhebung des Gesetzes näher zu treten.

Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft

Die deutsche Reichsbahngesellschaft teilt mit, daß auf der Tagung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft am 18. bis 20. Mai nur laufende Verwaltungsangelegenheiten beraten wurden. Von einer allgemeinen Personal- oder Gütertariferhöhung oder verstärktem Personalabbau war keine Rede, diesbezügliche Vorfälle müssen als eine in heutiger Zeit besonders unverantwortliche Irreführung der Öffentlichkeit bezeichnet werden. Im einzelnen ist folgendes zu erwähnen: Nachträgliche Genehmigung fand eine Reihe von Tarifermäßigungen auf Sonderwegen, von welchen eine Verkehrssteigerung oder eine Verhinderung der Verkehrsabwanderung zu erwarten ist. Bei einzelnen in Frage kommenden Änderungen von Sondertarifen soll erst die Stellungnahme des Reichsbahnrates abgewartet werden, dessen demnächstige Einberufung der Reichsverkehrsminister beabsichtigt. Weitere Beratungen bezogen sich auf im Reichstag geäußerte Wünsche, in den Angelegenheiten der Reichsbahn auf Ermittlung der Betriebskosten und auf Bilanzfragen.

Die Entlastungsnot der Alliierten

Die „Westminster Gazette“ teilt mit, daß die Militärsnote der Alliierten, die in der nächsten Woche übergeben werde, endgültig folgende Punkte betreffen werde: Rekonstruktion des deutschen Generalstabs, Rückstände im Abbau der Munitionsfabriken, übermäßige Freiwillige der Reichswehr und das Verlangen, daß die Sicherheitspolizei nicht mehr in Paraden zentralisiert werde, ferner eine gesetzgeberische Maßnahme, um den Artikel 429 des Friedensvertrages effektiv zu machen.

Das Blatt fährt fort, man nehme nicht an, daß die deutsche Regierung vor August diese Nachforderungen befriedigen könne. Andererseits habe die englische Regierung keinerlei Grund anzunehmen, daß die französische Regierung ihre letztjährige Forderung bezüglich der Räumung des Ruhrgebiets nicht einhalten werde. Die Alliierten werden gerührt, sobald die Militärs berichten, daß die militärischen Forderungen der Alliierten restlos erfüllt seien. Die englische Regierung hoffe, daß die Verögerung der Räumung der Ruhrzone Deutschland nicht abhalten werden, dem Völkerverbund beizutreten.

Eine außenpolitische Rede Mussolinis

Mussolini hielt im italienischen Senat eine außenpolitische Rede, in welcher er folgendes äußerte: Seit einigen Monaten sei eine Art Stillstand in der europäischen Politik eingetreten; alle schwebenden Fragen seien ungelöst geblieben. Der Grund hierfür sei in der französischen und belgischen Regierungspolitik zu suchen. Die italienische Regierung habe sich über die Wahl Hindenburgs nicht erregt. Nach der Meinung Mussolinis könnte gerade die Präsidentschaft Hindenburgs jede persönliche Lösung bringen, welche mit Erfolg nur von starken Regierungen in Angriff genommen werden kann. Hindenburgs Wahl sei die logische Folge der chaotischen und unsicheren Politik der Entente. — Darauf nahm der Senat den Etat des Auswärtigen Amtes an. Weiter erklärte sich Mussolini für Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund und für ausgedehnte Garantiepakte. Er schlug dann aber scharfe Töne gegen die österreichischen Anschlussbestrebungen an, die Italien als pangermanistisch, als Vertragsverletzung und als drohenden Machtzuwachs für Deutschland sowie als Gefahr für die Brennergrenze nicht dulden könne.

Kurze Nachrichten

Differenzen bei Durchführung des Personalabbaues. Der deutschnationale Abgeordnete Schmidt-Stettin hat seine weitere Teilnahme an den Verhandlungen des Reichstagsausschusses für Personalabbau abgelehnt. Wie verlautet, sind im Ausschuss Differenzen über die Durchführung der Personalabbauverordnung entstanden.

Zusammenkünfte in Berlin. Donnerstag Nachmittag am 18. Mai in Berlin zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und der Polizei. Ein Krupp des Roten Jungsturmes versuchte eine polizeiliche Absperrung zu durchbrechen, wobei er mit Stöcken gegen die Beamten vorging. Vier Polizeibeamte wurden verletzt. Es gelang, die Menge zu zerstreuen. Drei der Angreifer wurden festgenommen.

Ende der „Zeit“. Nach einer Mitteilung des „B. L.“ wird die vollsparteiliche Berliner Zeitung „Die Zeit“, welche Stresemann nahesteht, demnächst eine Fusion mit der „Neuen Tageslichen Rundschau“ eingehen, da sich „Die Zeit“ als nicht lebensfähig erwiesen hat. Sie wird nur noch im Untertitel der „Tageslichen Rundschau“ in Erscheinung treten.

Professor Neumann-Sofor †. Der frühere Reichstagsabgeordnete Neumann-Sofor ist am Donnerstag in Detmold an den Folgen eines am 8. Mai erlittenen schweren Autounfalls gestorben.

Das italienische Gesetz gegen die Freimaurer. Die italienische Kammer hat bei Anwesenheit von 304 Abgeordneten das Gesetz gegen die geheimen Gesellschaften einstimmig angenommen.

Wir lesen im Namen der Verfasserinnen, und es ist ein Grübeln voller Ehrfurcht, das wir ihnen entgegenbringen. Sind wir nicht zu ängstlich im Gedankenaustausch mit den Blinden, fürchten wir uns zu sehr, ihnen zu erzählen von dem, wie wir das Sichtbare erfassen? Das wäre das falsche Mitleid, das aus der Feigheit den Wirklichkeiten des Lebens gegenüber entkam. Hans Thoma hat das Wahrzeichen des Blindenvereins entworfen, das als Postkarte käuflich ist, das Gottesange über der tastenden Menschenhand. Das Symbol gilt auch uns. Dem Schauen über die Grenzen des Erkennbaren und Sichtbaren sind die feinsten Gestaltungen des menschlichen Geistes in der gemeinschaftsbildenden Kraft der Liebe und des Verstehens vorbehalten. In diesem Sinne sind wir alle Taubstumm.

Die verhältnismäßig kleine Anzahl der Besucher wird wohl durch die Schilderung des Geschehens und des „innerlich in der Ausstellung Erlebten“ zu Werbern für neue Besucher werden, so wäre sehr zu wünschen, daß die Ausstellung nicht schon nächsten Montag schließt. Schulen vor allem sollten durch die Ausstellung geführt werden. Für die Veranstalter, besonders für die Blinden, mag ja eine Verlängerung mit großen Opfern verbunden sein, aber es sollte noch vielen Gelegenheiten gegeben werden, das Werk und die Kenntnisse ihrer blinden Zeitgenossen kennen zu lernen. Bevor Du aber hingehst, Dich einzuleben in diese Welt der Blinden, schließe die Augen eine kurze Zeit und verführe Dich so in ihre Welt, und Du wirst fühlen das Wort in der Seele lebendig werden: daß die Blinden die Sehenden lehren.

Badischer Teil

Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten

Der bayer. Ministerpräsident Dr. Held wird am Samstag mittag zu einem Besuch der badischen Regierung in Karlsruhe eintreffen.

Eine Beschwerde der „Arbeiterzeitung“

Wegen grober Beschimpfung der Reichsfarben wurde die kommunistische Mannheimer „Arbeiterzeitung“ im März d. J. vom Minister des Innern auf 5 Tage verboten. Gegen dieses Verbot hat die „Arbeiterzeitung“ beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik Beschwerde eingelegt. Diese Beschwerde wurde wegen Verstoßung der Beschwerdeführer vom Staatsgerichtshof kostenfällig verworfen.

Die Herren von der „Arbeiterzeitung“ haben also wohl rechtzeitig Beschwerde im Landtag vorgebracht, der in feiner Weise als Beschwerdeinstanz in Frage kommt, aber nicht die Zeit gefunden, innerhalb der vorgeschriebenen Frist Beschwerde bei der zuständigen Stelle, dem Staatsgerichtshof, einzureichen. Dies Verhalten, durch das leider eine sachliche Erörterung über das Verbot und die Gründe des Verbots vor dem Staatsgerichtshof unmöglich wurde, geht man nicht fehl daraus zu erklären, daß die Kreise um die „Arbeiterzeitung“ größeren Wert auf die politischen Reden legen, die man im Landtag aus Anlaß des Verbots zum Fenster hinaus halten konnte, als auf eine sachliche Erörterung der Angelegenheit vor dem Staatsgerichtshof.

Berlins Material für die Karlsruher Polizeiausstellung

Wir lesen in der Dienstagabend-Ausgabe des „Berliner Tageblatts“ die folgende anregend geschriebene Schilderung der Berliner Vorbereitungen für die Karlsruher Internationale Polizeiausstellung:

„Im Polizeipräsidium wurden gestern Risten gepackt, Kugeln eingeschlagen, Frachtbriefe geschrieben und Adressen aufgestellt. Es sah beinahe aus, als wollten die maßgebenden Leute bei der Kriminalpolizei irgendwelchen guten Bekannten schöne Geburtstagsgeschenke machen. Es handelt sich aber um eine Ausstellung: der selbstbetretende Leiter der Berliner Kriminalpolizei, Regierungsrat Hagemann, packte nämlich das mit großer Sorgfalt gesammelte Material ein, mit dem die Berliner Polizei auf der Internationalen Polizeiausstellung, die in Karlsruhe vom 7. bis 24. Juni stattfindet, vertreten sein wird. Ein sehr umfangreiches, gut zusammengepacktes Material: Statistiken, die verschiedenen Methoden zur Feststellung von Spuren, die bei Kapitalverbrechen am Tatort zurückgelassen sind, eine ganze Reihe interessanter Modelle, so zum Beispiel von der Schutzpolizei ein Modell des Verkehrssturms und der Panne mit allen Einzelheiten und dergleichen mehr. Die Polizei will auf dieser Ausstellung, so erfuhr man von Regierungsrat Hagemann, ihre eigentlichen Ziele zeigen, nämlich daß sie nicht nur das Auge des Gesetzes ist, sondern auch Freund und Helfer der Gesamtbevölkerung ihr Schutze gegen die Verurtheilten, vor allem aber auch ihr Schutze gegen die Unbilden der Zeit, die von Natur aus einwandfreie Charaktere auf die Bahn des Verbrechens bringen können. Es wurde betont, daß die Polizei ein Instrument des Friedens sein müsse, und daß sie immer mehr auf diese Ziel hin erzogen werden müsse.“

Alles, was die Berliner Polizei auf die Ausstellung schickt, deutet auf dieses Ziel hin; ganz besonders die Aufklärungsplakate für fittlich gefallene Mädchen usw. Sehr interessant und lehrreich sind die statistischen Übersichtstabellen, die auf der Ausstellung zu sehen sein werden. Eine sehr plastische Darstellung für die Jahre 1921 bis 1924 ergibt zum Beispiel, daß die Belegung des Polizeigefängnisses Berlin Ende 1922 ihre höchste Ziffer erreichte. Ein scharfer Abfall zeigt sich beim Eintritt der Stabilisierung. Auch die Übersichtstabelle der Diebstähle zeigt im Jahre 1923, als im Jahre des größten wirtschaftlichen Verfalls, mit 159 491 Fällen ihre höchste Ziffer. Das Jahr 1922 weist 128 604, das Jahr 1924 nur noch 75 888 Diebstahlsfälle in Groß-Berlin auf. Während also das verbrecherische Interesse an Sachwerten mit der wirtschaftlichen Gefundung sinkt, steigt die Zahl der Betrugsfälle. Diese Statistik weist für das Jahr 1922 18 408, für 1923 23 147, für 1924 30 639 Betrugsfälle in Groß-Berlin auf. Auch die Kurve der Sittlichkeitsverbrechen ist hochinteressant. Das Jahr 1913 weist 4056 Fälle in Groß-Berlin auf. Dann sinkt die Kurve und erreicht im Jahre 1919 mit 907 Fällen ihren Tiefstand. 1923 weist schon wieder 4729, das Jahr 1924 gar 5569 Fälle auf.

Aus diesen wenigen Angaben, die keineswegs das reichhaltige Material erschöpfen, kann man erkennen, welche außerordentliche Bedeutung die Karlsruher Polizeiausstellung beanspruchen darf. Im September 1926 wird, wie Regierungsrat Hagemann mitteilt, die zweite internationale Polizeiausstellung stattfinden, und zwar in Berlin, in den großen Ausstellungshallen am Kaiserdamm.

Tagung südwestdeutscher Konsumvereine

Mittwoch und Donnerstag hielt in Lörrach der Verband südwestdeutscher Konsumvereine seine 15. Tagung ab, mit dem der Konsumverein Lörrach zugleich die Feier seines 60jährigen Bestehens feierte. Über 100 Delegierte aus dem ganzen Südwesten Deutschlands waren erschienen. Am Mittwoch fand im Gasthaus zur Krone eine Konferenz der Einkaufsvereinigungen des Verbandes statt, die von der Direktion der G. C. O. statt, während gefällige Veranstaltungen die Gäste auf dem Schützenhaus bereinigten. Der Feiertag bildete den Haupttag. Um 10 Uhr nahmen im Hotel Girchen die vertraulichen Beratungen der Verbandsteilnehmer ihren Anfang. Mittags bewegte sich ein Festzug durch die Straßen der Stadt. Am Schluß des Tages sah man u. a. auch den badischen Minister des Innern Kemmel, der als Mitglied des Aufsichtsrats des Verbandes südwestdeutscher Konsumvereine erschienen war. Um 8 Uhr begannen dann wieder die offiziellen Verbandsvorstellungen. Nach Begrüßungsworten des Tagungsvorsitzenden Verbandsdirektor Liebmann-Frankfurt folgten die Ansprachen der zahlreichen offiziellen Vertreter. Es sprachen hierbei Landrat Wintermantel-Lörrach namens der Stadtbehörden, Bürgermeister Dr. Kugelmeier namens der Stadtverwaltung und des Stadtrats Lörrach, Kägi im Auftrag der schweizerischen Konsumvereine und der Konsumvereine beider Basel, Bästlein als Vertreter des Verbandes der deutschen Konsumvereine, Botten-

Hamburg für die Geschäftsführung der G. C. O., Thiele-Hamburg von der zentralen Versicherungsorganisation Volksfürsorge, Verbandsdirektor Böck namens des Verbandes der württembergischen Konsumvereine, Max Ritter-Singen als Vertreter der freien Angestellten- und Arbeitergewerkschaften und schließlich der Geschäftsführer des Bezirkskonsumvereins. Hierauf trat der Vorsitzende Liebmann seinen Vorsitz an Weizner-Mannheim ab, um den Bericht über das Rechnungsjahr zu erstatten. Über die weiteren Punkte der Tagesordnung referierte Tischler-Heidelberg.

Aus der Landeshauptstadt

Ein Spionagefall vor dem Oberlandesgericht. Durch den Straffenat des Oberlandesgerichts Karlsruhe wurde am 18. Mai ds. Js. ein Werkführer aus Stettin, der im Dienst eines französischen Nachrichtenbüros sich als Spion betätigt hatte, auf Grund des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zu drei Jahren neun Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt; außerdem wurde auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

Karlsruhe im deutschen Rundflug. Nach großen Anstrengungen ist es jetzt gelungen, daß Karlsruhe in letzter Stunde in den deutschen Rundflug einbezogen wurde. Dieser wird vom Krollbus Deutschlands veranstaltet und stellt einen Wettbewerb der Kleinflugzeuge zu Verkehrszielen dar. In 5 Tagen, zwischen dem 2. und 10. Juni, wird ein von Berlin ausgehender und dort wieder endender Schleifenflug bei einer täglichen Flugleistung von 1000 bis 1200 km ausgeführt werden. Der Deutsche Rundflug beginnt am Pfingstsonntag, den 31. Mai ds. Js. Der Flughafen Karlsruhe ist als Zwangslandungsplatz bestimmt und wird von einer großen Gruppe von Flugzeugen am 4. Juni ds. Js. angefliegen werden. Ausgeschrieben ist der B. J.-Preis der Luft des Alldeutschen Verbandes in Berlin in Höhe von M. 105 000 für die beste flugsportliche Leistung. Karlsruhe wurde zur Bedingung gemacht, wenn es nachträglich in den Rundflug einbezogen werden sollte, einen Gesamtpreis von M. 10 000 zu garantieren. Dieses ist nach großen Schwierigkeiten mit Hilfe der hiesigen Kreise aus Handel und Industrie ermöglicht worden.

Die diesjährige Tagung der Vereinigung südwestdeutscher Kinderärzte findet am Sonntag, 24. Mai, im Kinderkrankenhaus in Karlsruhe statt.

Graf Ludners Vortrag. Am 20. Mai war der 2. Vortragsabend des Grafen Ludner im Festsaal angelegt. Als der deutsche Seeheld das Podium betrat, wurde er stürmisch begrüßt. In echter, deutscher Seemannsart erzählte er von seiner Fahrt mit dem „Seeadler“. Sein Vortrag war von glühender Vaterlandsliebe befeuert, der immer wieder von Beifallsstürmen unterbrochen wurde. Der Vortragsabend soll einem großen nationalen Unternehmen dienen, das hoch über jedem Parteizwist steht — der deutschen Propaganda in der Welt. Graf Ludner beabsichtigt im September ds. Js. mit einem aus eigenen Mitteln erworbenen Fittler Motor-Segelschiff eine große Friedensfahrt um die Welt. Er will der deutschen Jugend die uns heute verflorenen Schönheiten der Welt zeigen und durch Vorträge in 40 amerikanischen Städten für Deutschland werben.

Bad. Landestheater. Das fünfaktige Spiel „Der Kreidekreis“, nach dem Chinesischen von Klambund, mit der Begleitung von Siegfried Scheller, das am Samstag, den 23. Mai, zum erstenmal in Szene geht, wurde nach seiner mit stürmischer Wirkung in Frankfurt a. M. erfolgten Uraufführung durch fast alle namhaften deutschen Bühnen erworben, von denen das Badische Landestheater eine der ersten ist, die das Werk danach zur Erstaufführung bringt. Mit ihm erscheint auch der Dichter Klambund zum erstenmal in unserem Spielplan. Als Lyriker, Novellist und Dramatiker unter den Dichtern des jungen Deutschland in vorderster Reihe stehend, hat er sich besonders auch als hervorragender Kenner chinesischer Dichtung und als einer ihrer feinsten und einfühlsamsten Interpreten ausgezeichnet. Der heute dreißigjährige Dichter heißt mit seinem bürgerlichen Namen Alfred Henckle und ist zu Erfelden in der Mark geboren. Vor diesem, seinem jetzigen Dasein, so träumt er, habe er einmal in China gelebt und, mit einer großen Hornbille betan, keine Berge auf große Seidenstreifen“ geschrieben.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 22. Mai. 8 Uhr morgens. Das Hochdruckgebiet verlagert sich, beherrscht aber noch die Bitterweg Mittel-europas. In Baden dauerte gestern das teilweise heitere, warme Wetter fort, in der Rheinebene stiegen die Temperaturen auf circa 24 Grad. Im nördlichen Schwarzwald ist es bereinzelt zu Gewitterbildung gekommen. Der Luftdruck über Mittel- und besonders Westeuropa sinkt weiter, so daß mit einem baldigen Vorstoß des tiefen Druckes und westlicher Luftströme zu rechnen ist. Für morgen ist jedoch kein wesentlicher Witterungswechsel zu erwarten. Voraussichtliche Witterung für 23. Mai: teilweise heiter, streifenweise Gewitter, ziemlich warm, südwestliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 23 enthält die vom Landtage kürzlich genehmigten Gesetze über die Aufnahme eines Darlehens für Zwecke des Badenwerkes und über die 7. Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes.

Heidelberg, 20. Mai. Die erste Sitzung des Redaktionsrats wird, wie das Tagblatt hört, probeweise erst nach Pfingsten stattfinden. Diese technische Probe wird ohne weitere Formalitäten vor sich gehen, dürfte sich jedoch im Stadtbild Heidelbergs sofort ohne weiteres bemerkbar machen, indem alle noch jetzt aus dem Wasser ragenden Inseln und Sandbänke verschwinden werden.

W.B. Stuttgart, 20. Mai. Heute wurde im Beisein zahlreicher geladener Gäste die Ausstellung „Das Schwäbische Land“ in Stuttgart offiziell eröffnet. An den Eröffnungsakt durch den Staatspräsidenten Bästlein schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung, die nicht eine Messe zu Verkauf und Erwerbzwecken ist, sondern eine Heimatausstellung.

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat Juni noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	22. Mai		20. Mai	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	168.72	169.14	168.67	169.09
Kopenhagen 100 Kr.	78.95	79.15	78.85	79.03
Paris 100 Fr.	17.03	17.07	16.97	17.01
London 1 Pf.	20.386	20.438	20.378	20.430
New York 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Brüssel 100 Fr.	21.55	21.61	21.57	21.63
Schweiz 100 Fr.	81.125	81.325	81.13	81.23
Wien 100 Schilling	59.055	59.195	59.045	59.065
Prag 100 Kr.	12.43	12.47	12.432	12.472

Zuteilung überall 100 Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 19. Mai ds. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 84 sh 1 1/4 d. bezw. für ein Gramm Feingold 32,7696 pence.

Vom Weinhandel. Am 18. Mai fand in Freiburg im katholischen Vereinshaus eine Versteigerung badischer Naturweine statt die einen außerst unbefriedigenden Verlauf nahm. Die Nachfrage nach Wein ist zurzeit außerordentlich gering und die Stimmung im Weinhandel dürfte nach Ansicht von Fachleuten ihren Höhepunkt erreicht haben. Die einst vielbe-

gehrten Weine des Jahrganges 1923 fanden diesmal am Abnehmer und für „Kugener Buge“ wurden 80 M. pro Hektoliter als höchstes, für einen Bilsenhofer Riesling (Nhringen) 65 M. und für einen Neutweierer Bauerberg wurden 100 M. geboten; ein Zuschlag erfolgte nicht. Auch die Weine des Jahrganges 1924 fanden wenig Liebhaber. Auf Kugener Edel wurden Höchstgebote bis 55 M. abgegeben. Kugener Letten und Kugener Röhle glaubte man mit 86 M. genügend bezahlt zu haben. Es wurden aber keine Zuschläge erteilt. Es kamen Verkäufe zustande in 1924er Rühlheimer „Reggenhager“ zu 90 M., Freiburger Jesuitenschloß „Gutebel“ zu 65 und 70 M., Blauenhornerberger Edelwein der Bad. Landwirtschaftl. zu 94 u. 96 M., Blauenhornerberger Mustateller zu 95-103. 1921er Weine, die meist in Flaschen angeboten wurden, standen zu 2.80 bis 3.10 M. im Preise. Blauenhornerberger Riesling zu 1.60 die Flasche. Einige Posten Späburgunder Rotwein Jahrgang 1921 von Blauenhornerberg blieben unverkauft, ebenso die meisten Weißweine.

Verschiedenes

Annunzen am Nordpol?

Die „Bosnische Zeitung“ veröffentlicht eine Meldung von der „Fram“ aus Kingsbay vom 20. Mai, wonach Annunzen am Mittwoch zum Flug nach dem Nordpol gestartet habe. In der Meldung wird die Vermutung ausgesprochen, daß Annunzen und seine 5 Jagdgenossen wahrscheinlich schon am Nord-

pol gelandet und mit Studien beschäftigt seien, oder vielleicht sogar schon den Rückflug angetreten hätten.

Neuer Waldbrand in Pommern

Donnerstag vorm. kurz nach 11 Uhr brach, wie aus Stettin gemeldet wird, in den Oberförstereien Bütt und Friedrichswalde, einige Kilometer von dem letzten großen Waldbrande, ein neuer Waldbrand aus, der sich in diesem Falle in entgegengesetzter Richtung nach dem Dorfe Hingendorf zu über eine Fläche von schätzungsweise 600-800 Morgen ausbreitete. Hierher waren die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften und Militärkommandos aus Stettin, Stargard und Altdamm über 8 Stunden in angestrengter Arbeit tätig. Der Brand konnte kurz vor dem Orte Hingendorf zum Stehen gebracht werden. Schon bei dem ersten großen Waldbrand war die Vermutung aufgetaucht, daß es sich um Brandstiftung handele. Auch bei dem neuen Brand hat der Umstand, daß viele Kilometer voneinanderliegende Waldstücke gleichzeitig brannten, diesen Verdacht befestigt.

Geschäftliches

Geschäfts-Erweiterung. Die Firma Adolf Stein Nachf. (Kaiserstraße 233) hat ihre erstklassige Maßabteilung (Stofflager, sowie Probierräume) in den ersten Stock ihres Hauses verlegt. Sie hat dadurch ihre Konfektionslager in der Parterre-Räumen bedeutend erweitert können und bringt nur gute Qualitäten in bekannt bester Verarbeitung. Man beachte die Anzeige.



Geschäfts-Erweiterung

Unsere gesamte
erstklassige Maßabteilung

(Stofflager, sowie Probierräume) befindet sich von nun an im 1. Stock unseres Hauses. Wir haben dadurch unser Konfektionslager in den Parterre-Räumen

bedeutend erweitern

können u. bringen in nur guten Qualitäten und bekannt bester Verarbeitung

in enormer Auswahl

Herren- u. Jünglings-Anzüge

Sportbekleidung

Übergangs-Mäntel in Covercoat
Gabardine-, Loden- und Gummistoffen
Windjacken, Sporthosen
Gestreifte Hosen
Lüster-, Leinen- u. Tussor-Saccos
Flanell- u. Tennissocken
Waschanzüge und Joppen
Leichte Loden-Joppen etc.

zu äußerst billigen Preisen

Adolf Stein Nachf.

Ecke Hirschstraße 233 Kaiserstraße 233 Ecke Hirschstraße
Telephon Nr. 1860

Städtische (öffentliche) Sparkasse Pforzheim. Bilanz am 31. Dezember 1924.

Bermögen.		Schulden.	
Aufwertungspflichtige Forderungen	7.-	Aufwertungspflichtige Schulden:	
Kasse	68 901.44	Alle Einlagen Bill.-M.	1036.08
Guthaben bei Banken und Girozentralen	594 688.09	Neue Spareinlagen, hierunter Aufwert.-Fond	
Wechsel	182 585.34	M. 8 880.20	1 164 592.55
Wertpapiere	40 521.21	Neue Festanlagen	855 689.18
Konto-Korrent-Guthaben	1 670 338.96	Neue Giroeinlagen	556 042.60
Verschiedene Darlehen	138 049.45	Referenzfond	11 444.65
Rückstände	8 443.80	Reingewinn	114 751.23
Einrichtung	1.-		
	2 703 536.29		2 703 536.29

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.		Haben.	
Zinsen	120 755.71	Zinsen	307 965.36
Verwaltungskosten	99 249.53	Gebühren und Provisionen	42 575.81
Sonstige Ausgaben	39 489.56	Sonstige Einnahmen	13 714.86
Reingewinn	114 751.23		
	364 246.03		364 246.03

Berechnung des Reservefonds.

Der Reservefond soll nach § 18 der (alten) Satzung mindestens 5% des Guthabens der Einlagen betragen.
Somit 5% aus RM 2 577 340.41 = RM 128 867.—
Derselbe betrug Ende 1923 = RM 114 444.65
Neue Zuneigung in Höhe des Reingewinns = 114 751.23 = 126 195.88
Es fehlen somit bis zur satzungsmäßigen Höhe RM 2 671.12

Pforzheim, den 15. April 1925. M. 741

Will das Brautpaar glücklich sein
kauft Möbel nur bei **Freundlich ein**
Kronenstraße 37/39

Sonntag, den 23. Mai 1925
D 24

Zum erstenmal:

Der Kreidetreis

Spiel in fünf Akten nach dem Schmeißchen von Rabund
Musik von S. Scheffer
In Szene gef. von H. Volkner
Musikal. Leitung: M. Schlager

Personen:

- Moeller
- Roeman
- Daphen
- Söder
- Kreuzinger
- v. d. Zern
- Ermarich
- Hühner
- Herz
- Genier
- Ebert u. Raier
- Kienhiesch
- Alilian
- Brand
- Priller
- Lang
- Mejer
- Gemmede
- Ein Blumenmädchen v. Ephen
- Ein Dichter
- Groß
- Zeemonienmeister Kienhiesch
- Ein Kurier
- van Santen
- Ein Helfer
- Schneider
- Deffen Gehilfe
- Vindemann

Anfang 7 Uhr Ende 10 Uhr
Sperfrist I 4.30

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie
Herausgegeben und eingeleitet von
Professor Karl Diehl und
Professor Paul Rombert
Band I: Zur Lehre vom Geld, I. Teil
Band II: Der Arbeitslohn
Band III: Von der Grundrente
Band IV: Wert und Preis, I. Teil
Band V: Wert und Preis, II. Teil
Verlag G. Braun, Karlsruhe, Karlsruhstraße 14.

Schriftliche Angebote in Prozenten der Landesgrundpreise vom Dezember 1923 werden bis Samstag, den 30. Mai 1925, abends 6 Uhr, an den Gemeinderat Kirchhofen erbeten.
Die Käufer sind bis 3. Juni 1925 an ihr Wort gebunden.
Kirchhofen, 19. Mai 1925.
Der Gemeinderat:
Robert Dinninger, Bürgermeister.

Badisches Landestheater
Freitag, den 22. Mai 1925
B 24. 7h-Gen. 6001-6200
Der Barbier von Sevilla
Komische Oper in 3 Akten
Musik von Rossini
Musikal. Leitung: W. Schwespe
In Szene gef. von H. Buschard
Personen:
Geaf Alimadua Peters
Dottor Bartolo Glaf
Rosine v. Ernst a. G.
Basilio Dr. Wucherpfennig
Figaro Heiser
Fiorillo Leitzinger
Marzelline Mosel-Tomtschit
Ambrosio Kleinbusch
Offiziere
Ein Rotar
Einlage im zweiten Akt:
Variationen über ein Mozart'sches Thema von Adam, gelungen von M. von Ernst Anfang 7h, Ende 10h
Sperfrist I 7.—

Ausnahme-Angebot! Verkauft zu fabelhaft billigen Preisen Damen- u. Herrenstrickwesten M. 12 Strickkostüme M. 40, ferner empfehle ich mein reichhaltiges Lager in Kurzwaren, Strümpfe etc.

Heinrich Erb, Markgrafenstr. 26 (nächst Kronenstr.). Jeder Käufer erhält gegen Inseratvorzeigung 5% Rabatt.

Ein gewandter Herr

der ein guter Verkäufer sein muß, wird für den Vertrieb eines Massengebrauchsartikels D.M.B. gesucht. Dieser Artikel wird tatsächlich von jedem gebraucht und bringt nachweisbar mindestens

M. 50000.- Verdienst

pro Jahr. Zur Übernahme sind M. 2000.- Bargeld erforderlich. Nur Angebote von Herren erbeten, die über das flüssige Kapital verfügen. Angebote unter J. P. 3386 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Fahrräder

Ersatzteile, Zubehör und Gummi, sowie alle Reparaturen erhalten Sie am billigsten in der Südb. Vulcanisier-Anstalt, Kreuzstr. 22 (Baden). E.365

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe

Karlsruhe i. Baden.

In der heutigen 73. ordentlichen Generalversammlung waren 64 156 Stammaktien und 2 775 Vorzugsaktien vertreten; sämtliche Anträge der Verwaltung wurden einstimmig genehmigt.
Es wurde die Verteilung einer Dividende von 5% = M. 2.50 für jede Stammaktie beschlossen, welche bei den nachstehenden Stellen gegen Rückgabe des Gewinnanweisungsscheines 1924/25 abzüglich der Kapitalertragssteuer, sonst kostenfrei, erhoben werden kann.

Bei: unserer Fabrikasse, Rheinischer Creditbank, Filiale Karlsruhe, Zeit L. Domburger, Karlsruhe, Strauß & Cie., Karlsruhe, Carl Oppenheim jun. & Cie., Adm. a. Rh., H. Schaaffhausen'schem Bankverein, Adm. a. Rh., Direction der Disconto-Gesellschaft, Frankfurt a. M., Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin, Deutscher Verkehrsbank, Berlin.
Der Punkt 4 „Aufsichtsratswahl“ wurde von der Tagesordnung abgelehrt.
Karlsruhe, den 18. Mai 1925. E.401
Der Vorstand.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Detektiv- u. Privat-Argus Institut
Mannheim
O. 6. 6.
Planken 9-47
Fernspr. 3505
A. Maier & Co., G. m. b. H.

M. 753. Durch das Konkursverfahren über das Vermögen des Ingenieurs Wilhelm Laatz in Pforzheim wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Durch den 19. Mai 1925. Der Gerichts-Schreiber des Amtsgerichts.